



---

**Rede**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Finanzen**

**anlässlich**

**der Gedenkfeier zum Tag der Deutschen Einheit und zum  
Gedenken an Franz Josef Strauß**

**am Sonntag, den 3. Oktober 2010  
14.00 bis 17.00 Uhr  
in Reisbach**

Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Gedenkfeier zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Neben dem Gedenken an 20 Jahre Deutsche Einheit hat das Jahr 2010 für die Gemeinde Reisbach aber auch noch eine weitere besondere Bedeutung: 1250 Jahre ist es her, dass Reisbach zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurde. Zum 1250-jährigen Jubiläum der ersten urkundlichen Erwähnung von Reisbach gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen für die Zukunft alles erdenklich Gute und Gottes reichen Segen.

Neben dem 20. Jahrestag der Deutschen Einheit wollen wir heute auch des ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß gedenken, der am 3. Oktober 1988, exakt zwei Jahre vor dem Einheitstag, verstorben ist. 1993 wurde hier in Reisbach ein fünf Meter hoher, tonnenschwerer Granit zum Gedenken an Franz Josef Strauß und auch zur Erinnerung an den Tag der Deutschen Einheit aufgestellt.

Der verstorbene Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte zeitlebens politisch dafür Sorge getragen, dass die Deutsche Frage offen gehalten wurde. Er hat nie aufgehört, durch sein ganzes politisches Wirken, auf die Deutsche Einheit hinzuarbeiten. Die Beschäftigung mit Fragen der Deutschlandpolitik und der damit verbundenen Deutschen Einheit setzte bei Franz- Josef Strauß schon zu Beginn seiner politischen Tätigkeit ein und bildete bis zu seinem Tod einen zentralen Faktor seiner Politik.

Unter Federführung des damaligen CSU-Generalsekretärs Franz Josef Strauß erschien bereits im Jahr 1949 eine 16-seitige Broschüre mit dem Titel "Unser Nein zu Bonn - Unser Ja zu Deutschland". Darin wurde die auf eine unzureichende Berücksichtigung des föderativen Staatsaufbaus beruhende Ablehnung des Grundgesetzes durch Bayern erläutert und gleichzeitig das Bekenntnis zu einem neuen, geeinten deutschen Bundesstaat bekräftigt.

Mit der parlamentarischen Diskussion um den Deutschland- und EVG-Vertrag am 7. Februar und am 10. Juli 1952, äußerte sich Franz Josef Strauß erneut grundsätzlich zu deutschlandpolitischen Fragen. In seinem Redebeitrag vom 10. Juli 1952 sah er die langfristige Lösung der Deutschen Frage und letztlich die Wiedervereinigung Deutschlands nur im Rahmen einer Europäisierung der Deutschland-Frage und im Zusammenhang mit geo- und sicherheitspolitischen Überlegungen.

Die "neue Ostpolitik" der seit 1969 regierenden sozialliberalen Koalition bezeichnete Franz Josef Strauß zurecht anstelle des Bahr-Wortes „Wandel durch Annäherung" als „Wandel durch Anbiederung“. Für Franz Josef Strauß gefährdete die sozial-liberale Ostpolitik die westdeutschen Verhandlungspositionen durch einseitige Vorleistungen. Deshalb forderte er zurecht eindringlich ein Festhalten an dem Anspruch auf Recht und Freiheit für alle Angehörigen der Deutschen Nation verbunden mit dem Selbstbestimmungsrecht. Franz Josef Strauß kämpfte in der CSU leidenschaftlich für das Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit auch für die Deutschen in der DDR und für das Festhalten am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Beides wollten viele Sozialdemokraten damals aufgeben.

Des Weiteren reichte auf sein Drängen hin die Bayerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Alfons Goppel im Mai 1973 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR vom 21. Dezember 1972 ein. Damit erreichte die Auseinandersetzung zwischen der sozialliberalen Regierung und der CDU/CSU-Opposition um den richtigen deutschlandpolitischen Weg den Höhepunkt.

In ihrem Urteil vom 31. Juli 1973 bestätigten die Karlsruher Richter einerseits die Vereinbarkeit des Vertragstextes mit dem Grundgesetz, schränkten aber andererseits durch neun Leitsätze seine Interpretationsmöglichkeiten ein. Im Sinne der Union konnte damit ein wichtiger Weg zur Einheit Deutschlands offen gehalten und die deutsche Einheit im Jahr 1990 ohne große verfassungsrechtliche Probleme verwirklicht werden. Erinnern möchte ich auch daran, dass es Strauß mehrmals seit den siebziger Jahren gelang, wie etwa im Fall des Bürgerrechtlers Rainer Baurich, durch persönliche Intervention Ausreisegenehmigungen für DDR-Bürger zu erreichen. Strauß führte auch federführend die Auseinandersetzung gegenüber dem damaligen Annäherungskurs zwischen SPD und SED, etwa in dem sogenannten „Strategiepapier“ von SPD und SED aus dem Jahr 1987.

Eine seiner letzten deutschlandpolitischen Reden hat der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende vor dem Bund der Vertriebenen gehalten, dessen damaliger Generalsekretär ich gewesen bin. Es handelte sich um die Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat am 11. September 1988 im internationalen Kongresszentrum in Berlin. Franz Josef Strauß hat bereits damals in seiner Rede einen umfassenden Ordnungsentwurf hinsichtlich eines wiedervereinten Deutschlands gezeichnet, der sich nur zwei Jahre später bewahrheiten sollte.

Franz Josef Strauß machte in seiner Rede von damals deutlich, dass aufgrund wissenschaftlicher, technischer, industrieller und soziologischer Entwicklungen und Wandlungen die Wiedervereinigung Deutschlands ein nicht aufzuhaltender Prozess sei, der von der Deutschen Politik jedoch aktiv gefördert werden müsse. Er verwies auf die starken und ungeheuren wirtschaftlichen Kräfte, die Möglichkeiten einer modernen Wissenschaft und Technik sowie auf die moralischen Kräfte des Rechtes und der Freiheit, die den in Freiheit lebenden Deutschen und dem freien Westen für die aktive Förderung dieses Prozesses zur Verfügung stehen. Franz Josef Strauß mahnte, über die kleinen Schritte Problemlösungen und menschlichen Erleichterungen nicht den Blick dafür zu verlieren, dass das Ziel der Deutschlandpolitik die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und des Selbstbestimmungsrechtes aller Deutschen sein muss. Strauß damals wörtlich. *„Ich fordere alle politischen demokratischen Kräfte auf, im Interesse der Wahrheit, des Rechtes und der friedlichen Entwicklung einer demokratischen Zukunft Europas, an der Einheit und Freiheit Deutschlands festzuhalten und sie als politisches Ziel mit allen Nachdruck zu vertreten.“*

Diese Berliner Rede war eine Rede über den Tag hinaus. Wer hätte damals am 11. September geahnt, dass diese Rede ein bleibendes deutschlandpolitisches Vermächtnis von Franz Josef Strauß, kurz vor seinen plötzlichen Tod, werden sollte?

Franz Josef Strauß setzte sich zeitlebens nachhaltig für die Wiederherstellung der Deutschen Einheit ein und zurecht gedenken wir hier gerade heute, am 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, seines deutschlandpolitischen Lebenswerkes!

Meine Damen und Herren, der 3. Oktober des Jahres 2010, der 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, reiht sich ein in die Erinnerung an die emotionsgeladenen Jahre 1989 und 1990 – Jahre in denen sich Menschen selbst neu kennen lernten, Mut hatten, den sie sich vielleicht gar nicht zugetraut hatten: Zwei Jahre, die Geschichte geschrieben haben.

Viele von uns, oder sogar jeder von uns kann im Zusammenhang mit der Überwindung der Deutschen Teilung von persönlichen Erlebnissen erzählen. Ganz besonders beeindruckt hat sicherlich viele von Ihnen die Geschichte des ungarischen Grenzbeamten, der an der ungarischen Grenze seinen Dienst tat, als am 19. August 1989 das Paneuropäische Picknick stattfand. Die Ungarn durften schon damals in den Westen reisen. Für sie war die einige Stunden währende Öffnung der Grenzen nichts Besonderes. Aber fast 700 Touristen aus der ehemaligen DDR, die das mitbekamen, versuchten diese wenigen Stunden zu nutzen, um nach Österreich in die Freiheit zu

entkommen. Der Grenzbeamte hatte natürlich keine Genehmigung, diese Menschen durchzulassen. Er konnte seinen Vorgesetzten nicht erreichen, aber er ließ seine Waffe in seiner Uniform stecken und ließ die Menschen durch – auch mit dem Risiko, am nächsten Tag dafür hart bestraft zu werden.

So couragiert und mutig haben sich Tausende und Abertausende in den Jahren 1989 und 1990 verhalten. Sie haben damit Geschichte geschrieben. Und daraus entstand die Deutsche Einheit. Sie ist nicht vom Himmel gefallen, sondern ist das Ergebnis eines langen Prozesses. Sie ist das Ergebnis von Mut, Entschlossenheit und Zivilcourage.

Die Menschen in der ehemaligen DDR haben mit ihrem Mut den historischen Weg zur Deutschen Einheit geebnet. Tausende sind zum ersten Mal auf die Straße gegangen, haben zum ersten Mal ein Plakat gemalt, zum ersten Mal eine Kirche besucht. Jahrzehntlang konnte das SED-Unrechtsregime den Einzelnen einschüchtern, doch der Ruf von Hunderttausenden in Leipzig, Berlin und schließlich in der gesamten DDR „Wir sind das Volk“ zwang diesen Unrechtsstaat in die Knie und Europa, die USA und die Sowjetunion konnten sich dem Ruf der Bürgerinnen und Bürger in der DDR nach Einigkeit und Recht und Freiheit nicht länger verschließen.

Der Mut und der Einsatz der Frauen und Männer in der DDR wurden uns erst in den vergangenen Wochen durch die Berichterstattung zum Tode der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley wieder in Erinnerung gerufen. Ich möchte die Gelegenheit heute nutzen, Frau Bohley für ihr mutiges Engagement zu danken. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Dynamik der Bürgerrechtsbewegung im Herbst 1989 überstieg alle Erwartungen. Was als Protest kleinerer Gruppen von Bürgerrechtlern begann, fand bald die Unterstützung von hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern in der DDR. Die gewaltlosen Demonstrationen, insbesondere in Sachsen, erwiesen sich als das entscheidende Instrument für den Zusammenbruch des DDR-Regimes.

Im Verlauf der friedlichen Revolution erstarkte mehr und mehr die Forderung nach Freiheit, Demokratie und Einheit, und der Ruf „Wir sind das Volk!“ wandelte sich zunehmend in den Ruf „Wir sind ein Volk!“. Der Druck der Massendemonstrationen überall in der DDR erzwang schließlich den Fall der Mauer am 9. November 1989, den schrittweisen Rückzug des SED-Regimes von der alleinigen Macht, die berühmten „Runden Tische“ und die freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990, deren Ergebnis den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland radikal beschleunigten.

Der Auftrag des Grundgesetzes an das gesamte deutsche Volk, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, erfüllte sich am 3. Oktober 1990. Mit Bildern, die um die Welt gingen, feierten die Menschen in Berlin, ganz Deutschland und der Welt tief bewegt diesen Tag.

Unterstützt wurde die Bundesregierung unter Helmut Kohl und Theo Waigel sowie der Wunsch nach Einheit, Freiheit und Demokratie unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der damaligen DDR von unseren Partnern in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Aber auch der Freiheitskampf unserer Nachbarn im Osten leistete einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Deutschen Teilung: Ohne die Reformer um Václav Havel in der Tschechoslowakei, ohne die Gewerkschaft Solidarność unter Lech Walesa in Polen, ohne die Organisatoren des Paneuropäischen Picknicks und ohne die Politik Michail Gorbatschows, der mit Glasnost und Perestroika die Fenster in seinem Land weit geöffnet hatte, aber auch ohne das segenreiche Wirken von Papst Johannes Paul II. wäre das Gottes-Geschenk der deutschen und europäischen Einheit nicht möglich gewesen.

20 Jahre Deutsche Einheit stehen heute für den Mut der Menschen für eine freiheitlich, demokratische Grundordnung einzutreten. Die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 vor 20 Jahren bedeutet den Sieg von Freiheit und Demokratie über Diktatur und Unfreiheit. Der 3. Oktober 1990 bedeutet den Sieg einer marktwirtschaftlichen, freiheitlichen Ordnung über ein planwirtschaftliches System, das nicht funktionieren konnte. Der 3. Oktober 1990 bedeutet den Sieg von Partnerschaft und Freundschaft über Block-Konfrontation und Kriegsgefahr.

Deutschland ist seit 20 Jahren vereint. Das bedeutet 20 Jahre Aufbauleistung im Osten und Solidarität im Westen unseres Landes. Wer die Situation heute und vor 20 Jahren unbefangen vergleicht, muss feststellen: In den neuen Ländern hat sich viel zum Besseren verändert.

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, war das auch der Offenbarungseid des totalen Bankrotts der DDR. Zurückgebliebene Infrastrukturen, verfallende Innenstädte, marode Betriebe, vergiftete Flüsse – das war die Hinterlassenschaft der SED.

Schnell wurde deutlich: Je länger die DDR selbständig bleibt, desto mehr Menschen würden das Land verlassen. Rasches Handeln tat Not – zur Lösung einer Aufgabe, die ohne Beispiel war: der Umbau einer bankrotten Staatswirtschaft in eine funktionierende soziale Marktwirtschaft. Die von Theo Waigel maßgeblich gestaltete Wirtschafts- und Währungsunion gab den Menschen in den neuen Ländern seit dem 1.

Juli 1990 ehrliches Geld für ehrliche Arbeit und damit die Zuversicht: Anstrengung lohnt sich wieder. Die Altlasten aus DDR-Zeiten sind weitgehend beseitigt: Städte wie Dresden, Erfurt, Görlitz, strahlen heute in neuem Glanz. Die Deutschen in Ost und West haben in den vergangenen 20 Jahren eine großartige Aufbauleistung vollbracht.

Obgleich wir in diesen Jahren sehr viel erreicht haben, bleiben das anfangs starke, wirtschaftliche Gefälle, aber auch wechselseitige Vorbehalte der Menschen zwischen Ost und West eine große Herausforderung an Politik und Gesellschaft zur Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes.

Ich bin davon überzeugt, dass wir diesen Prozess weitgehend gut bewältigen. Inzwischen ist eine ganze Generation deutscher Mitbürger erwachsen geworden, für die die deutsche Teilung nur mehr ein Kapitel im Geschichtsbuch darstellt, und die das wiedervereinigte Deutschland als selbstverständlich wahrnehmen.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ziehen eine mehrheitlich positive Bilanz nach 20 Jahren Deutscher Einheit. Wie das am Freitag veröffentlichte Politbarometer des ZDF ergab, halten 84 Prozent der Bundesbürger in Ost und West die Vereinigung aus heutiger Sicht für richtig. Insgesamt ist die Zustimmungsrate für die Einheit über lange Zeit hinweg stabil: Seit Anfang der 90er Jahre halten laut Politbarometer rund 80 Prozent der Deutschen die Einheit für richtig. Eine deutliche Mehrheit 75 Prozent in den alten Bundesländern und von 60 Prozent in den neuen Bundesländern glaubt, dass das Leben für die meisten Menschen in den neuen Bundesländern heute besser ist als früher in der DDR.

Meine Damen und Herren, der 3. Oktober ist ein Tag der Freude. Am 3. Oktober 1990 war endgültig überwunden, was Deutschland 40 Jahre lang getrennt hatte: 2870 km Sperrzäune und 217 km Grenzmauern. Die Erinnerung an den „Eisernen Vorhang“ und die Verbrechen der SED-Diktatur aber darf nicht verdrängt werden. Über 200 Tote an Mauer und Stacheldraht mahnen, den Wert der Freiheit nie zu vergessen. Deshalb dürfen wir auch nicht zulassen, dass die Nachfolgepartei von SED und PDS, die Linke, in Deutschland politische Verantwortung übernimmt. Es ist bitter, dass dies mit Hilfe der SPD in der deutschen Hauptstadt Berlin bereits der Fall ist.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass sich Künstler für eine Kultur der Erinnerung an das Unrecht der SED-Diktatur engagieren. So wird heute, am 20. Jahrestag der Deutschen Einheit auf dem früheren Todesstreifen am sogenannten „Point Alpha“ bei Geisa in Hessen ein Kreuzweg mit 14 Stationen des Bildhauers Ulrich Barnickel eingeweiht, der eindrucksvoll das Leiden Jesu mit den Leiden der

Menschen unter der SED-Diktatur in Beziehung setzt. Barnickel stammt aus Weimar und wurde wegen seines künstlerischen Widerstandes aufgrund seiner christlichen Überzeugung von der SED-Diktatur 1985 ausgebürgert.

Wir jedenfalls sind stolz: Denn Deutschland verdankt seine staatliche Einheit in Freiheit vor allem dem Mut der Bürgerinnen und Bürger. Die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit hatte die SED in ihrem Machtbereich zwar unterdrücken, aber nicht auslöschen können. Und der Fall der Mauer hat auch ein neues Bild von Deutschland in die Welt getragen: Ein demokratisches, weltoffenes Deutschland hat sich in aller Welt Vertrauen erworben!

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir vom 3. Oktober 1990 vor allem zwei Erfahrungen mit in die Zukunft nehmen: Die Kraft, die von den Werten Freiheit, Demokratie und Zivilcourage ausgeht, und die Kraft, die in einem Volk stecken kann, wenn es entschlossen ist, diesen Werten Geltung zu verschaffen.

Mauerfall und Wiedervereinigung sind Meilensteine eines weltweiten Umbruchs: Der Sieg der Freiheit über den Staatssozialismus. Der Zusammenbruch von Ostblock und DDR war jedoch nicht „das Ende der Geschichte“. Der Auseinandersetzung um die Wertvorstellungen für Wirtschaft und Gesellschaft können wir heute gerade im Hinblick auf die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, aber auch im Hinblick auf die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, weniger denn je ausweichen.

In einer vom Terrorismus bedrohten, globalisierten Welt gilt es, Werten wie Freiheit weltweit Geltung zu verschaffen. Gerade aufgrund unserer eigenen Geschichte bedeuten 20 Jahre Deutsche Einheit auch, dass wir Deutsche zu unserer Verantwortung stehen, dass beispielsweise Afghanistan wieder Teil der freiheitlichen, demokratischen Staatengemeinschaft wird und die Menschen dort dauerhaft in Frieden, unter rechtstaatlichen, die unveräußerlichen Menschenrechte wahrenen Verhältnissen in Freiheit und Sicherheit leben können.

Ebenso gilt es, den Wohlstand in unseren Land zu bewahren, ein Wohlstand, der Arbeit sichert und neue Arbeit schafft, Arbeit, die Aufstieg und Selbstentfaltung ermöglicht. Aber es geht auch um einen Wohlstand, der sich nicht nur in Euro und Cent bemisst. Es geht auch ein gutes gesellschaftliches Miteinander in unserem Land. Es geht um einen Wohlstand, der sich bemisst an der Sicherheit auf unseren Straßen, den sauberen Seen in unseren Landschaften, dem Engagement unserer Bürger in Vereinen, der Vielfalt des Kulturlebens und der Hilfsbereitschaft der Menschen in der



Nachbarschaft. Es geht daher auch um Rückbesinnung auf unverzichtbare Grundwerte unseres Gemeinwesens: das christliche Sittengesetz, zu dem wir uns durch die Gottesanrufung in unserem Grundgesetz bekennen.

Gerade im Hinblick auf die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gilt es, in der Politik die Weichen zu stellen, um diesen Wohlstand für die künftigen Generationen zu sichern. In der Haushalts- und Finanzpolitik sind hierzu entscheidende Weichenstellungen erforderlich, wie die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme, die Schaffung von Rahmenbedingungen für tragfähige Kommunalfinanzen, die Entlastung der Leistungsträger in der Arbeitnehmerschaft, im Handwerk und im Mittelstand, sowie der Familien. Es geht aber auch um die Sicherung von Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung. Es muss alles getan werden, um Wachstumskräfte freizusetzen, um so die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Ebenso bedarf es eines verbesserten, internationalen Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte, der zu einem verantwortungsvolleren Verhalten aller Finanzmarktakteure führen muss.

Ich bin zuversichtlich, dass wir es schaffen können, zu einer dauerhaft nachhaltigen Wirtschaftsweise zu gelangen und unsere Innovationsfähigkeit im Wettbewerb mit den anderen Ländern der Welt erhalten. Wir müssen uns dem demografischen Wandel stellen und eine Bildungsrepublik Deutschland in vollem Umfang Wirklichkeit werden lassen. Auch müssen wir Deutsche weiter intensiv an der Gestaltung des europäischen Einigungswerkes mitarbeiten, damit wir als Kontinent mit 500 Millionen Bürgern unsere Stimme und unsere Werte in der Welt hörbar machen, sie aktiv mitgestalten und neue Formen der globalen Zusammenarbeit finden.

Die Bewältigung der internationalen Finanzkrise mit ihren Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft ist nach Überwindung der Deutschen Teilung die erste große gemeinsame Herausforderung aller Deutschen seit der Wiedervereinigung. Dafür gibt es keine Lehrbücher, sondern das ist wieder ein Weg ins Offene, in eine neue Zeit, in der wir die Chancen der Krise nutzen müssen. Das können wir schaffen, wenn es uns gelingt, alte Gegensätze hinter uns zu lassen und die neuen Herausforderungen mutig anzunehmen.

Ich wünsche mir an diesem 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten das Gefühl des Aufbruchs und des Zusammenhalts der Jahre 1989 und 1990 neu in uns entflammt. Diese Jahre haben uns allen gezeigt, wozu Menschen fähig sind, wenn sie ein gemeinsamer Traum verbindet. Diese beiden Jahre haben uns

gezeigt, welche enormen Kräfte in uns schlummern und ich bin mir sicher: Unserem Volk sind diese Kräfte in den vergangenen 20 Jahren nicht verloren gegangen.

Heute wie damals vor 20 Jahren ist die Zeit für eine mutige, gemeinsame Gestaltung unserer Zukunft. Mit Gottvertrauen heute wie vor 20 Jahren geht es um „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“.